

# Die CSU im strategischen Dilemma

Gastkommentar zur Situation in Bayern

Ein seltenes Schauspiel ist bis heute in München zu beobachten: Eine Partei räumt einen großen Teil ihrer politischen Grundüberzeugungen in atemberaubender Geschwindigkeit. Striktes Rauchverbot in Gaststätten? So viel Gesundheitsschutz muss nicht sein. Ladenschluss? Länger einkaufen ist doch besser. Online-Durchsuchungen des PC? Terroristen lassen sich auch so fangen. Versammlungsgesetz? War vielleicht ein bisschen überzogen. Schulen? Können ein wenig mehr Freiheit vertragen.

Die historische Wahlniederlage hat die CSU so in ihren Grundfesten erschüttert, dass die Freien Demokraten zahlreiche ihrer Vorstellungen ohne nennenswerten Widerstand der Konservativen in den Koalitionsvertrag schreiben konnte. Vieles davon ist gut für den Freistaat – denn Bayern wird bunter, wenigstens ein bisschen. Gerade die Schulpolitik hat eine in der Analyse gern unterschätzte Rolle beim Absturz der Christsozialen vom Mythos auf Normalmaß gespielt.

Die CSU bringt sich durch die schnelle Kurskorrektur hier und auf anderen Politikfeldern in ein strategisches Dilemma: Was gut ist für das Land, ist noch längst nicht gut für die Partei. Konservatives Bildungssystem oder das harte Durchgreifen im Sicherheitsbereich waren Markenzeichen der Partei, die besonders bei den christlich geprägten Wählern auf dem Land gut ankamen. Sie verlieren nun diese Orientierung, und das ohne jede Vorwarnung. Ob die Partei diese Klientel wieder so weit für sich erschließen kann, dass auch nur weitere Stimmenverluste bei den kommenden Europa- oder den Bundestagswahlen ausgeschlossen sind, ist sehr zweifelhaft. Frühere Ergebnisse sind aus heutiger Sicht sowieso in unerreichbarer Ferne.

Diese Not hat ihre Wurzeln: Weniger im Versagen von Ex-Ministerpräsident Günther Beckstein oder von Ex-CSU-Parteichef Erwin Huber, sondern im Hochmut Edmund Stoibers. Der wollte mit einer Zweidrittelmehrheit im Landtag seine Politik durchsetzen, ohne auf die Menschen im Land zu hören. Die Überheblichkeit, mit der Stoiber noch kurz vor seinem Abschied den teuren und unsinnigen Transrapid vom Münchner Hauptbahnhof zum Flughafen durchdrücken wollte, ist nur das



Foto: privat

Dieter Schwab ist politischer Redakteur der Nürnberger Nachrichten.

letzte in einer langen Reihe von Beispielen. Wie chaotisch die CSU nach der Abfuhr durch die Wähler reagierte, zeigt sich in der raschen Einigung auf Horst Seehofer als neuen starken Mann, als Parteichef und Regierungschef. Der Ingolstädter ist gewiss ein begnadeter Redner, einer, der die Zuhörer im Bierzelt mitreißen kann.

Als Minister in Berlin allerdings war er allenfalls ein Mitläufer im Kabinett Angela Merkels. Er hat keine großen Fehler gemacht, aber auch keine Akzente gesetzt. Schlimmer noch: Er hat sich vor klaren Positionen gedrückt. War er eigentlich für Gentechnik in der Landwirtschaft oder dagegen? Lehnte er sie in Bayern ab, hatte aber im Bund nichts dagegen? Wollte er, dass der Verbraucher bei industriell gefertigten Nahrungsmitteln schnell über rote, gelbe oder grüne Farbaufdrucke den gesundheitlichen Nährwert erkennen kann? So genau weiß das niemand, vermutlich nicht einmal er selbst: Seine Positionen verschwimmen im Ungefähren.

Die Personalie Seehofer verstärkt damit das strategische Dilemma, in der die CSU sowieso schon steckt. Wenn sie, gezwungen durch den Wähler, scheinbar unverschiebbare Positionen räumen muss, dann braucht sie einen an der Spitze, der eine klare Kante zeigen kann und dadurch Mitgliedern und Wählern neue Orientierung gibt. Horst Seehofer hat bisher nicht bewiesen, dass er das kann.

Auch in Hamburg oder Nordrhein-Westfalen schien es ein Naturgesetz zu sein, dass eine Partei, die SPD, immer an der Regierung bleibt. Das hat sich erdrutschartig geändert. Die CSU wird in den kommenden fünf Jahren aufpassen müssen, dass sie nicht den selben Weg geht.

Dieter Schwab

Gastkommentare entsprechen nicht immer der Meinung der Herausgeber.